LANDTAG INTERN
8
25
Informationen für Bürgerinnen und Bürger · Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe · 56. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 8 · 23. Dezember 2025

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Neues Wahlalter

Landtag beschließt Verfassungsänderung

Montage: de Haar

Anhörung zu Wählen ab 16

S. 13 Sachverständige äußern sich im Hauptausschuss
S. 14 Standpunkte

Inhalt

Plenum

S. 3 Der Zahn der Zeit und die Autobahnbrücken
Aktuelle Stunde zu geplanter Sperrung in Bonn

S. 4 Haushalt für 2026 steht
Etat mit Mehrheit beschlossen

S. 6 Debatte um Klimaziele
Kritik an Kurs der Landesregierung

S. 7 Erinnern, Gedenken, Mahnen
Landtag unterstützt Bewerbung um Yad-Vashem-Zentrum

S. 8 **Gesetzgebung**

S. 9 **Meldungen**

Forum

S. 16 Die Bilder des Jahres
Präsident kürt „NRW-Pressefoto 2025“

S. 18 **Aus den Fraktionen**

S. 20 „Die guten Seelen der Gesellschaft“
Landtag verleiht Ehrenamtsmedaillen

S. 22 Demokratie zum Anfassen
195 Jugendliche beim Jugendlandtag 2025

S. 23 Das Jahr im Rückblick

S. 26 **Porträt:** Thorsten Klute (SPD)

S. 27 Kurz notiert

PLENUM

Der Zahn der Zeit und die Autobahnbrücken

18. Dezember 2025 – Die Verkehrssituation in Nordrhein-Westfalen stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Konkret ging es um die geplante Sperrung der Friedrich-Ebert-Brücke (A 565) in Bonn. Sie soll wegen ihres Zustands voraussichtlich von Mitte Januar 2026 an für Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von mehr als 7,5 Tonnen gesperrt werden.

Die Fraktionen von CDU und Grünen hatten die Aktuelle Stunde beantragt (18/17018). Bei dem auch als „Nordbrücke“ bekannten Bauwerk handle es sich um eine „wichtige Ost-West-Verbindung für den südlichen Köln/Bonner Raum und zudem eine bedeutende Querverbindung Richtung Rhein/Main“. Allerdings seien die „Ermüdungserscheinungen“ der rund 600 Meter langen Brücke einem Medienbericht zufolge so massiv, „dass Lkw und Busse runter von der Brücke müssten“. Es drohe ein Verkehrschaos.

Oliver Krauß (CDU) sagte, im Jahr 2034 laufe die Restnutzungsdauer der Nordbrücke aus. Mit der Aktuellen Stunde formuliere die schwarz-grüne Koalition ihre Erwartungen an die Bundespolitik, denn der Neubau der Nordbrücke stehe im Bundesverkehrswegeplan: „Demgemäß soll und muss er jetzt forciert werden: mit Geschwindigkeit in der Detail- und Genehmigungsplanung.“ Es müsse unternommen werden, was möglich sei, um die Funktionalität der Brücke wiederherzustellen: „Die Menschen erwarten zu Recht Lösungen von uns.“

Die Bonner Nordbrücke, die wichtigste Ost-West-Verbindung für Bonn und die Region Rhein-Sieg, sei den heutigen Belastungen durch den Verkehr nicht mehr gewachsen, sagte **Martin Metz** (Grüne). Diese Brückengeneration sei die Herausforderung der heutigen Politikgeneration: „Wenn die Straßenbrücken der Vorgängergeneration bröckeln, ist es unsere gemeinsame Aufgabe, sie zu schützen, sie zu sanieren, klug zu planen und generationengerecht neu zu bauen.“

In NRW müssten rund 2.500 Brücken erneuert oder saniert werden, stellte **Alexander Vogt** (SPD) fest. Der Zustand der Bonner Nordbrücke sei kein überraschendes Einzelereignis, sondern ein strukturelles Problem und „Symptom des Kaputtsparens“ durch nordrhein-westfälische Verkehrsminister von CDU und Grünen. Rund 30 Prozent der Autobahnbrücken in NRW befänden sich in einem „desolaten Zustand“ – deutlich mehr als in anderen Bundesländern. Die Landesregierung stehe auf der Bremse, nicht der Bund.

In NRW funktionierten weder die Wirtschaft noch der Schwerlastverkehr, kritisierte **Christof Rasche** (FDP). Die meisten Brücken, für die Sperrungen drohten, seien zwischen 1960 und 1980 gebaut worden. Bis 2021 sei das Land für diese Brücken zuständig gewesen, erst danach sei die Zuständigkeit an den Bund übergegangen. Die Landesregierung tue viel zu wenig, um das „Brückendesaster“ zu verhindern, versuche nun allerdings, den Bund verantwortlich zu machen.

„Sanierungsoffensive“

Die Bonner Nordbrücke sei kein Einzelfall, sagte **Klaus Esser** (AfD): „Viele hundert weitere Brücken sind betroffen und müssen dringend ersetzt werden.“ Die Landesregierung sei jedoch „nicht Herr der Lage“ und könne allenfalls den Mangel verwalten. Von Planung und geordnetem Vorgehen könne keine Rede sein, eher von Panikmodus: „Sie agieren nicht, Sie reagieren nur noch.“ Der Zustand der Brücken sei das Ergebnis jahrzehntelanger Versäumnisse.

Verkehrsminister **Oliver Krischer** (Grüne) sprach von einem Thema, „das uns weiter begleiten wird“. Es müsse nun darum gehen, die Brücken zu schützen und so lange wie möglich in Betrieb zu halten. Die Landesregierung habe 2023 eine „Sanierungsoffensive“ gestartet mit dem Ziel, 400 Brücken in der Zuständigkeit des Landes innerhalb der nächsten zehn Jahre zu sanieren. Krischer: „Wir liegen inzwischen sogar etwas vor dem Plan.“ *rüc, tob, zab*

Die rund 600 Meter lange Brücke führt in Bonn über den Rhein
Foto: Jan Winkler/Adobe-Stock

PLENUM

Landtag beschließt **Haushalt 2026** – Kontroverse um landespolitischen Kurs

17. Dezember 2025 – Der Finanzrahmen für das kommende Jahr steht: Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen verabschiedete der Landtag in 3. Lesung den Haushalt für 2026. Vorausgegangen war eine kontroverse Debatte zum Kurs der schwarz-grünen Landesregierung.

Der Haushalt (18/15000, 18/16300, 18/16900) hat ein Gesamtvolumen von rund 112 Milliarden Euro (2025: 105 Milliarden Euro). Für Investitionen sollen 12,6 Milliarden Euro bereitgestellt werden (10,9 Milliarden Euro). Die Neuverschuldung liegt bei bis zu 4,3 Milliarden Euro.

SPD-Fraktionschef **Jochen Ott** kritisierte hinsichtlich der angekündigten Rede des Ministerpräsidenten, dass dieser bisher erst zwei Mal in diesem Jahr im Parlament gesprochen habe. Mit Blick auf die Politik der Landesregierung sagte er: Es werde Zeit, dass sich etwas ändere in Nordrhein-Westfalen, „dass die Dinge grundlegend in Ordnung gebracht werden“. Der vorgelegte Haushalt werde aber nicht dabei helfen, das Land wieder in Ordnung zu bringen. Die Regierung veranstalte „Politshows“ in Berlin. Da, wo sie zuständig sei, sei von ihr nichts zu sehen. Die Koalition sei „zu müde, zu ideenlos und auch zu abgestumpft“. Dabei sei so viel mehr möglich. Die SPD kämpfe unter anderem für „den Aufstieg durch Bildung, den Aufstieg durch Tariflohn und Mitbestimmung. Ein Land der Freiheit, der Vielfalt und der Gerechtigkeit: Das ist unser Nordrhein-Westfalen.“

„Dauermiesmacher“

CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** nannte Ott einen „Dauermiesmacher“. Die SPD habe keine schlüssigen Konzepte für das Land. Die Herausforderungen seien komplex. Deutschland habe die längste Phase ohne wirtschaftliches Wachstum in seiner Geschichte hinter sich. Daher sei es gut, dass die Landesregierung der „Anwalt der Beschäftigten und der Unternehmen“ sei. „Nordrhein-Westfalen ist und Nordrhein-Westfalen bleibt Industrieland – versprochen.“ Schick verwies auch auf das NRW-Infrastrukturgesetz, das „größte Investitionsversprechen“ in der Geschichte des Landes. Der CDU-Politiker nannte zudem Investitionen in die Bildung und die Sicherheit. Das Land habe alle Chancen, die Herausforderungen zu bestehen. Nicht mit „Miesmacherei“, sondern indem man wie CDU und Grüne Chancen nutze mit „kluger Politik und mit dem notwendigen Engagement“.

Der Landeshaushalt sei mittlerweile etwas für Astrophysiker, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Es handle sich um ein „riesiges schwarzes Loch“. Das Land habe zwar so viel Geld wie noch nie, investiere aber trotzdem kaum in die Zukunft. Kitas stünden vor dem Kollaps, es gebe keinen Fortschritt bei Schulen und Kürzungen bei den Hochschulen. „Aus diesem Dreiklang wird keine Zukunftsmusik“, sagte Höne. Der Haushalt 2026 umfasse 112 Milliarden Euro – „wieder mal ein Rekordwert“. Dennoch gehe es nicht ohne neue Schulden. Das Land habe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem: „Das ließe sich aber politisch beheben.“ Die Landesregierung betreibe keine Generationengerechtigkeit, sondern „Generationenvergessenheit“. Höne sprach von einer „Politik der Trippelschritte“, die keine Verantwortung übernehme.

Kinder, Klima, Kommunen

Der Haushalt sei gekennzeichnet von drei Grundpfeilern, sagte **Wibke Brems**, Fraktionsvorsitzende der Grünen. Erstens: Die Wirtschaftslage sei angespannt, die Landesregierung nutze enge Spielräume daher „verantwortungsvoll und zielgerichtet“. Zweitens: Mit dem „Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur“ investiere die Landesregierung unter anderem in den Straßenbau, ökologische Nachhaltigkeit sowie Kinder, Klima und Kommunen. Mit gezielten Ergänzungen und Änderungsanträgen würden – drittens – Hochschulen, Justiz, Polizei, die Drohnenabwehr, Energiewende und der Sport gestärkt. Auch werde in soziale Projekte und die Armutsbekämpfung investiert. „Wir wollen die Zukunft für alle gestalten – sicher, gerecht und klimafreundlich.“ Die Landesregierung handle „entschlossen, verlässlich, gemeinsam“.

AfD-Fraktionsvorsitzender **Dr. Martin Vincentz** warf der Landesregierung vor, sie verliere sich in der vermeintlichen Rettung der Welt. Mit den vorgesehenen rund 112 Milliarden Euro müsse sie den angeschlagenen Haushalt konsolidieren, Geld für dringend notwendige Investitionen freimachen und den Sozialstaat für „die demografische Klippe rüsten“. Investiert werde dagegen in die CO_2-Reduktion und die Aufnahme von Flüchtlingen. Vincentz verwies auf Insolvenzen, Privatinsolvenzen und den Abbau von Arbeitsplätzen. Weder Firmen noch die Bürgerinnen und Bürger könnten sich das Leben in NRW leisten. Der AfD-Politiker kritisierte neben der Wirtschaftspolitik auch die Sicherheits- und die Bildungspolitik von CDU und Grünen. Wer aus NRW heraus die Welt retten wolle, der rette am Ende niemanden, „sondern der gefährdet uns alle“.

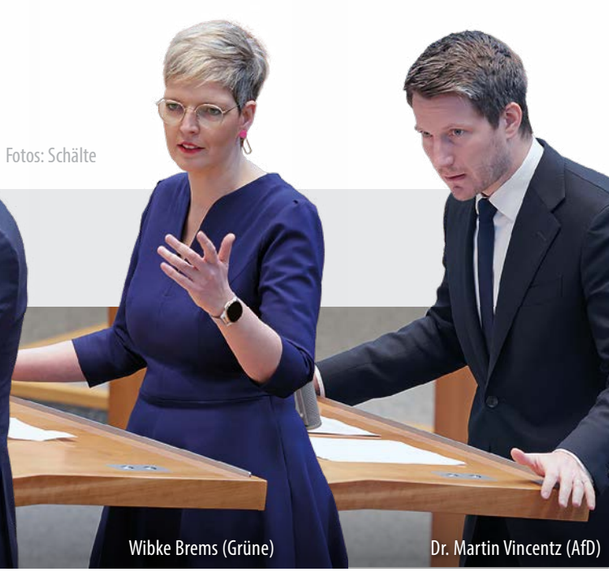
Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) sprach die Schwerpunkte der Landesregierung an. „Weil Bildung so wichtig ist“, hätten Kinder und Jugendliche höchste Priorität. NRW müsse ein starkes Industrieland bleiben, Kreise, Städte und Gemeinden müssten stark aufgestellt sein. Demokratie und Freiheit bräuchten aber auch Sicherheit. Noch nie in der Geschichte des Landes seien so viele Polizistinnen und Polizisten eingestellt worden wie in den vergangenen Jahren. Der Ministerpräsident hob die Bedeutung von Innovationen hervor. Sie seien „der Schlüssel für Erfolg auch in der Zukunft“. Er wies besonders auf das Potenzial Künstlicher Intelligenz hin. „Nordrhein-Westfalen hat alles, um die Probleme unserer Zeit erfolgreich zu meistern“, sagte Wüst: „Wir setzen weiter auf Kooperation statt Konfrontation. Unser Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen ist unsere größte Stärke.“ *rüc, wib, zab, tob*

Fotos: Schälte

Jochen Ott (SPD)

Thorsten Schick (CDU)

Henning Höne (FDP)



Wibke Brems (Grüne)

Dr. Martin Vincentz (AfD)

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU)

Klimaschutz und Landesverwaltung

27. November 2025 – Bis zum Jahr 2030 soll die Landesverwaltung klimaneutral sein. So steht es im 2013 verabschiedeten Klimaschutzgesetz. Ist das Ziel erreichbar? Der Landtag hat darüber in einer Aktuellen Stunde debattiert. Die Fraktionen von SPD und AfD hatten die Aussprache unabhängig voneinander beantragt.

Die Fraktionen bezogen sich auf einen Bericht des Westdeutschen Rundfunks. Ein interner Vermerk aus einem Ministerium offenbare, dass das Erreichen des Ziels „technisch, haushaltswirtschaftlich und juristisch unmöglich“ sei, heißt es im Antrag der SPD-Fraktion (18/16674). Innerhalb der Landesregierung rumore es bereits spürbar, schreibt die AfD-Fraktion in ihrem Antrag (18/16675). Es gebe „keine Datenerfassung des CO_2-Ausstoßes, keine Strategie, kein Geld“. Beide Fraktionen wiesen zudem auf die geplante Novellierung des Klimaschutzgesetzes hin. Dem WDR-Bericht zufolge enthalte es weiterhin das Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030. Offenbar gebe es nun intern Streit darum.

Die Landesregierung habe Haushaltsmittel für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Kommunen um bis zu 80 Prozent gestrichen, kritisierte **Jochen Ott**, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Sie stehe für Rückschritt, Kürzung und Stagnation. Das sei das Markenzeichen von Schwarz-Grün. Was getan werden solle, um die eigene Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu machen, dazu habe Schwarz-Grün keinen Plan. Über Lösungen zur Klimaneutralität werde nicht einmal diskutiert – mehr noch: Die Landesregierung verweigere den Diskurs.

„Heiße Luft“

Christian Loose (AfD) kritisierte, Schwarz-Grün habe den „Bezug zu den einfachen Menschen verloren“. Mit Blick auf die Finanzen des Landes sei klar: „Es fehlt das Geld für den Klimasozialismus.“ Es bleibe zu hoffen, dass ein Denkprozess einsetze. Die Reduzierung des CO_2-Ausstoßes seit 1990 in Deutschland sei vor allem auf die Abschaltung von DDR-Fabriken zurückzuführen. Die Emissionen seien weltweit allerdings in die Höhe geschnellt. Die lokale NRW-Klimapolitik der Landesregierung sei „nichts anderes als heiße Luft“.

Dr. Christian Untrieser (CDU) betonte, dass der Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen in NRW seit 1990 um 51 Prozent gesunken sei. Und dies sei nicht durch einen großflächigen Wegfall industrieller Wertschöpfung geschehen. Das mache Mut. Die Energiewende sei wie ein Marathon, aber die Hälfte der Strecke sei geschafft. Ziel sei, die Erde für die kommenden Generationen zu erhalten. Das sei Kern christlicher Politik und dazu stehe seine Partei. Die AfD dagegen sei gegen wissenschaftliche Erkenntnis und gegen die Zukunft der Kinder und Enkel.

Dietmar Brockes (FDP) nannte das Ziel, die öffentliche Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu machen, ambitioniert. Bei der Landesregierung gingen aber Anspruch und Wirklichkeit „dramatisch“ auseinander. Es fehle an einer vollständigen CO_2-Datengrundlage, an einer tragfähigen Strategie und an einer finanziellen Unterfütterung für energetische Sanierung. Brockes sprach von „Politik im Blindflug“. Nicht die Ziele seien das Problem, sondern das fehlende Konzept, der fehlende Wille zur Priorisierung und die fehlende strategische Führung.

Eine Transformation hin zur Klimaneutralität sei alles andere als ein Selbstläufer, sagte **Michael Röls-Leitmann** (Grüne). Sie sei mühsam, herausfordernd, die Zeitschiene ambitioniert. Dies gelte nicht nur für die „Öffentliche Hand“, sondern auch für Unternehmen und Privatleute. Um voranzukommen, seien die richtigen Rahmenbedingungen erforderlich. Die schwarz-grüne Landesregierung habe einen großen Beitrag dazu geleistet, diese Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Erfolge sprächen für sich.

„Wer ständig den Untergang beschwört, redet das Land kleiner, als es ist“, sagte **Mona Neubaur** (Grüne), Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. „Wir werden das Klimaschutzgesetz NRW novellieren“, betonte die Ministerin. Der Entwurf werde in ein „Fortschrittsgesetz“ münden – „mit dem klaren Bekenntnis, dieses Land und seine Institutionen, seine wirtschaftlichen und industriellen Strukturen klimaneutraler aufzustellen. Nicht irgendwann, sondern auf dem Weg, den wir versprochen haben“. *tob, wib, zab*

Fotos: Schälte

Jochen Ott (SPD) · Christian Loose (AfD) · Dr. Christian Untrieser (CDU) · Dietmar Brockes (FDP) · Michael Röls-Leitmann (Grüne) · Ministerin Mona Neubaur (Grüne)

In einer der Gedenkstätten von Yad Vashem wird an die etwa 1,5 Millionen jüdischen Kinder erinnert, die im Holocaust ermordet wurden. Foto: Zanin

Erinnern, Gedenken, Mahnen

27. November 2025 – Die bedeutendste Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem plant erstmals ein Bildungszentrum außerhalb Israels – in Deutschland. Nordrhein-Westfalen bewirbt sich um das Zentrum und erhielt Unterstützung für das Vorhaben durch die Abgeordneten des Landtags.

Ein gemeinsamer Antrag (18/16484) der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP wurde einstimmig vom Landtag beschlossen. Darin heißt es unter anderem, dass Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren eine enge und vielfältige Partnerschaft mit Yad Vashem pflege. „Diese Verbindung ist Ausdruck des festen Willens unseres Landes, aus der Geschichte Verantwortung für Gegenwart und Zukunft zu übernehmen.“

Yad Vashem hat seinen Sitz in Jerusalem. Das Vorhaben für eine Bildungsstätte in Deutschland wird auch durch die Bundesregierung unterstützt. In der engeren Auswahl sind neben Nordrhein-Westfalen Bayern und Sachsen. Erst kürzlich hatte sich der Präsident des Landtags, André Kuper, bei einem Besuch in Yad Vashem dafür starkgemacht, dass die Bildungsstätte in Nordrhein-Westfalen eröffnet wird. Er war an der Spitze einer sechsköpfigen Delegation nach Israel gereist und dort mit dem Yad-Vashem-Vorsitzenden Dani Dayan zusammengetroffen.

„Europäischer Leuchtturm“

Mit seinen 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern liege Nordrhein-Westfalen im Herzen Europas, sagte **Klaus Voussem** (CDU). Das Bundesland beheimate die größte jüdische Gemeinde in Deutschland und verfüge über eine hochleistungsfähige Infrastruktur mit mehreren internationalen Flughäfen sowie einem dichten Schienen- und Straßennetz. Damit biete Nordrhein-Westfalen „ideale Voraussetzungen“ für stationäre und mobile Bildungsangebote von europäischer Reichweite. Das geplante Bildungszentrum sei ein „europäischer Leuchtturm der historisch-politischen Bildungsarbeit“.

Es sei „Ehre und Ansporn zugleich“, dass in Deutschland – „dem Land der Täter“ – ein Standort der internationalen Schule für Holocaust-Studien geschaffen werden solle, sagte **Elisabeth Müller-Witt** (SPD). Nordrhein-Westfalen verfüge über mehr als 30 Mahn- und Gedenkorte zur Aufarbeitung der NS-Zeit und des Holocaust. Es lebten zahlreiche jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger im Bundesland und es gebe sehr enge Beziehungen zu Israel. Wenn das geplante Bildungszentrum in Nordrhein-Westfalen seinen Standort hätte, wäre das von „unschätzbarem Wert“.

Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer** verwies darauf, dass sich Yad Vashem zur Aufgabe gemacht habe, mindestens den Namen jedes Holocaust-Opfers aufzufinden und zu dokumentieren. Es gehe darum, an die Namen und damit an die Würde dieser Opfer zu erinnern. In einer Zeit, in der Antisemitismus wieder zunehme, in der Demokratie und Menschenrechte zunehmend unter Druck gerieten und in der Zeitzeuginnen und -zeugen immer weniger würden, sei man besonders gefordert, Kindern und Enkeln die Bedeutung des „Nie wieder“ weiterzugeben. Das geplante Bildungszentrum sei dafür eine große Chance.

Dirk Wedel (FDP) sagte mit Blick auf die Verbrechen des Holocaust: „Nur wer verstanden hat, was war, weiß, was nicht mehr sein darf.“ Dafür leiste Yad Vashem einen herausragenden Beitrag. Mehr als zwei Millionen Menschen besuchten jedes Jahr die Gedenkstätte. Nordrhein-Westfalen arbeite bereits seit vielen Jahren intensiv mit Yad Vashem zusammen. Mit dem Bildungszentrum würde sich für NRW die Chance eröffnen, an der Stärkung der Erinnerungskultur in ganz Deutschland mitzuwirken. Gleichzeitig ginge damit eine Signalwirkung für das jüdische Leben vor Ort einher.

Christian Loose (AfD) bezeichnete den Holocaust als dunkelstes Kapitel der deutschen Geschichte: „Wenn wir daran erinnern, erinnern wir nicht an abstrakte Geschichte, sondern an menschliche Tragödien, an Leid, das niemals hätte geschehen dürfen.“ Allerdings dürfe man „nicht beim Erinnern stehen bleiben“ – man müsse auch lernen und schützen. „Wir müssen klar sagen: Wir stehen an der Seite Israels und aller Juden in Deutschland“, sagte Loose. Man stehe an ihrer Seite im Kampf „gegen deutschen und eingewanderten Antisemitismus“.

„Wir sprechen heute nicht über einen gewöhnlichen Antrag“, sagte **Nathanael Liminski** (CDU), Minister für Internationales und Chef der Staatskanzlei: „Wir sprechen über eine Initiative, die viel aussagt über das Selbstverständnis unseres Landes.“ Yad Vashem plane erstmals in seiner Geschichte ein „Education Center“ außerhalb Israels – in Deutschland. „Dass man für dieses Projekt ausgerechnet das Land der Täter in den Blick nimmt, ist alles andere als selbstverständlich“, so Liminski. Er betonte: „Wir wollen Yad Vashem in Nordrhein-Westfalen ein Zuhause geben.“ *tob, wib, zab*

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes | 18/16925 | CDU, SPD, Grüne, FDP | 1. und 2. Lesung am 16. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026) | 18/15000 | 18/16300 (Ergänzung), 18/16900 | Landesregierung | 3. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2026) | 18/15001, 18/16904 | Landesregierung | 3. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2026 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2026) | 18/15002 | 18/16300 (Ergänzung) | Landesregierung | 3. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen (Bürgerenergiegesetz NRW) | 18/16948 | Landesregierung | 1. Lesung am 17. Dezember 2025 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | 18/15905 | CDU, SPD, Grüne, FDP | 2. und 3. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz über den Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur 2025 bis 2036 (NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036) | 18/16303, 18/16941 | Landesregierung | 2. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Stärkung der Informationssicherheit des Landes Nordrhein-Westfalen | 18/14581, 18/16938 (Neudruck), 18/17139 | Landesregierung | 2. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Strafrechtsbezogenen Unterbringungsgesetzes NRW | 18/14558, 18/16874 | Landesregierung | 2. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen | 18/16522 | Landesregierung | 2. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz zu der Dritten Zusatzvereinbarung zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, der Synagogen-Gemeinde Köln – Körperschaft des öffentlichen Rechts – und dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e. V. in der Fassung des Sechsten Änderungsvertrages vom 13. April 2022 | 18/16519 | Landesregierung | 2. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zum Schutz der Bevölkerung vor sehr giftigen Tieren | 18/15792 | Landesregierung | 2. Lesung am 17. Dezember 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Berücksichtigung personenstandsrechtlicher Entwicklungen in den Landesjustizvollzugsgesetzen | 18/16867 | Landesregierung | 1. Lesung am 17. Dezember 2025 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Stiftung für Hochschulzulassung | 18/16868 | Landesregierung | 1. Lesung am 17. Dezember 2025 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Gesetz betreffend die Stärkung der Hochschullandschaft (Hochschulstärkungsgesetz) | 18/16798 | Landesregierung | 1. Lesung am 18. Dezember 2025 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Achtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | 18/15921, 18/16523 (Neudruck) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. November 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und der Laufbahnverordnung | 18/15919, 18/16498, 18/16804 | CDU, Grüne | 2. Lesung am 26. November 2025 | 3. Lesung am 27. November 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Neuregelung des Landesumzugskostengesetzes sowie zur weiteren Modernisierung des Reisekostenrechts | 18/14722 | Landesregierung | 2. Lesung am 26. November 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln", des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und weiterer Gesetze (22. Rundfunkänderungsgesetz) | 18/16499 | Landesregierung | 1. Lesung am 26. November 2025 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | 18/16518 | Landesregierung | 1. Lesung am 26. November 2025 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Sechstes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes | 18/16225 | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes | 18/16226 | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Siebtes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen | 18/15488 | FDP | Ausschuss für Heimat und Kommunales | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes | 18/14524 | CDU, Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zum Erhalt kommunaler Hallen- und Schulschwimmbäder | 18/14547 | AfD | Sportausschuss | in Beratung

Eine Komplett-Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung finden Sie unter: https://lt.nrw/Gesetzgebung

Ehrenamt

25.11.2025 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen das Ehrenamt entlasten. In einem Antrag (18/16497) weisen sie auf dessen Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hin. Vereinsheime und Wachen der freiwilligen Feuerwehr prägten zudem oft das Ortsbild. Die Landesregierung solle die Förderrichtlinien „Starke Heimat Nordrhein-Westfalen" fortschreiben und für Maßnahmen zur energetischen Sanierung öffnen. Bei Sanierungen sowie Neu- und Umbauten von Feuerwehrgerätehäusern solle eine anteilige Förderung ermöglicht werden. Zudem solle sie mit der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) über finanzielle Entlastungen bei Veranstaltungen sprechen. Die SPD-Fraktion unterstützte den Antrag, FDP und AfD stimmten dagegen.

Schuldnerberatung

25.11.2025 – Nahezu jeder fünfte Haushalt in Nordrhein-Westfalen sei überschuldet, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion (18/16482). Sie fordert unter anderem eine landesgesetzliche Grundlage, die allen Ratsuchenden einen kostenlosen Zugang zur Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung ermöglicht. Gemeinsam mit den Sparkassenverbänden solle die Landesregierung über eine Aufstockung des Sparkassen-Fonds zur „auskömmlichen Finanzierung einer reformierten Schuldner- und Insolvenzberatung in NRW" diskutieren und auch andere Kreditinstitute in die Pflicht nehmen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (federführend) überwiesen.

Wirtschaftspolitik

25.11.2025 – Die FDP-Fraktion kritisiert den wirtschaftspolitischen Kurs der schwarz-grünen Landesregierung. Nach drei Jahren Rezession stehe das Land „wirtschaftlich am Abgrund", heißt es in einem Antrag (18/16490). Während andere Regionen in Europa und auch innerhalb Deutschlands langsam wieder Tritt fassten, verharre Nordrhein-Westfalen „in der selbst verursachten wirtschaftlichen Stagnation – ohne erkennbaren Plan der schwarz-grünen Landesregierung, wie das Land aus der Krise herauskommen soll". Die Fraktion fordert daher ein Maßnahmenpaket, das auf einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik fuße. Notwendig seien unter anderem Vorschläge zur Deregulierung und zum Bürokratieabbau sowie ein Kurswechsel in der Energiepolitik. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Klassenarbeiten

25.11.2025 – Die AfD-Fraktion hat eine gesetzliche Verankerung der deutschen Sprache bei Leistungsprüfungen in den Schulen gefordert. Die Landesregierung müsse „unverzüglich" einen Gesetzentwurf vorlegen, „der explizit festlegt, dass alle Leistungsüberprüfungen, einschließlich Klassenarbeiten, Klausuren und schriftliche wie mündliche Prüfungen in allen Fächern (außer dem Fremdsprachenunterricht) ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt werden müssen, und jede Möglichkeit von Ausnahmen in Herkunftssprachen oder mehrsprachigen Formulierungen untersagt", heißt es im Antrag der Fraktion (18/16486). Die Fraktion lehne jede Form „der Relativierung der deutschen Sprache im nordrhein-westfälischen Bildungswesen" ab. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Kita-Finanzierung

27.11.2025 – Die SPD-Fraktion fordert eine verlässliche und auskömmliche Kita-Finanzierung. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sei seit seiner Einführung unterfinanziert, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/16483). Anerkannte freie Träger könnten ihre Anteile oft nicht mehr finanzieren. Im Zuge der geplanten KiBiz-Revision sei die Kita-Finanzierung in eine „einrichtungsbasierte Sockelfinanzierung" umzuwandeln. Da sich die Finanzierung von Mietkosten derzeit nicht an den realen Kosten orientiere, gebe es zudem für viele Träger einen dauerhaften Zuschussbedarf. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt. Die FDP enthielt sich.

Abschiebehaftanstalt

27.11.2025 – Die Landesregierung soll die Planungen für eine zweite Abschiebehaftanstalt vorantreiben. Dies fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag (18/16493). Die Einrichtung soll in Mönchengladbach auf einem ehemaligen Militärgelände entstehen. Es sei jedoch bekannt geworden, dass das Verteidigungsministerium die Liegenschaft möglicherweise weiter nutzen wolle. Der Bund strebe wohl eine „Co-Nutzung" des Geländes an, so die Fraktion. Sie fordert die Landesregierung auf, die Verhandlungen „schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen". Zudem solle sie parallel alternative Standorte prüfen, einen davon auswählen und für diesen ebenfalls die erforderlichen Planungen einleiten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. FDP und AfD stimmten für den Antrag, die SPD enthielt sich.

Tierheime

28.11.2025 – Die AfD-Fraktion fordert mehr Unterstützung für Tierheime. Die Lage der Einrichtungen sei kritisch, heißt es in einem Antrag (18/16485). Viele seien überbelegt, außerdem „explodieren die Kosten". Die Personalsituation sei angespannt, Gebäude seien marode. „Zugleich erschweren komplizierte Bau- und Genehmigungsvorschriften dringend notwendige Modernisierungen oder Erweiterungen", schreibt die Fraktion.

Sie fordert unter anderem eine Anpassung der Landesbauordnung, um Tierheimen Neu- und Umbauten sowie Sanierungen im vereinfachten Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. Die weitere Beratung erfolgt im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (federführend).

Abschlussbericht

17.12.2025 – Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss IV „OVG-Besetzung“ hat seinen Abschlussbericht vorgelegt. Ziel des am 16. Mai 2024 auf Antrag der Fraktionen von SPD und FDP eingesetzten Ausschusses war es, mögliche „Versäumnisse, Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Bewerbungsverfahren und der Besetzung der Stelle des Präsidenten oder der Präsidentin des Oberverwaltungsgerichtes für Nordrhein-Westfalen“ zu untersuchen. In den 419 Seiten umfassenden Bericht aufgenommen wurden ein gemeinsames Sondervotum der SPD- und der FDP-Fraktion sowie ein weiteres Sondervotum der AfD-Fraktion.

Rentenreform

17.12.2025 – Die FDP-Fraktion wendet sich gegen Überlegungen, künftig auch Kapitalerträge bei der Finanzierung des Rentensystems einzubeziehen. Die Landesregierung müsse bei den Beratungen zur geplanten Rentenreform auf Bundesebene „die gewichtigen Einwände“ gegen diese Idee einbringen, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/16919). „Statt Sparleistungen und private Vermögensbildung zur Alterssicherung zu erleichtern, sollen ausgerechnet diejenigen bald noch stärker belastet werden, die verantwortungsvoll selbst Vorsorge treffen, um ihre Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zu verringern“, heißt es im Antrag. Ein wirksamer Vermögensaufbau zur Stärkung der eigenen finanziellen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung würde zusätzlich erschwert. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen abgelehnt. Neben der FDP stimmte auch die AfD zu.

Infrastrukturgesetz

17.12.2025 – Der Landtag hat in zweiter Lesung das NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036 verabschiedet. Für den Entwurf der Landesregierung (18/16303, 18/16941 und 18/17131) stimmten CDU und Grüne. SPD, FDP und AfD waren dagegen. Hintergrund ist das Sondervermögen des Bundes in Höhe von bis zu 500 Milliarden Euro. Davon entfallen 100 Milliarden Euro auf die Länder, Nordrhein-Westfalen erhält 21,1 Milliarden Euro. Ziel sei, mit dem Geld bestehende Defizite in der Infrastruktur abzubauen. „Hierdurch soll insbesondere eine wesentliche Grundlage für nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden.“ Die Kommunen erhalten 60 Prozent (etwa 12,7 Milliarden Euro), rund 8,4 Milliarden Euro stehen dem Land für Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung. Das Geld ergänze die Anstrengungen des Landes und der Städte, Gemeinden und Kreise „für die dauerhafte Sicherstellung der Investitionstätigkeit in die öffentliche Infrastruktur und soll diese nicht ersetzen“.

Inklusion und Arbeitsmarkt

17.12.2025 – Die Fraktionen von CDU und Grünen haben sich dafür ausgesprochen, die Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen „zukunftsfähig und inklusiv“ aufzustellen. Laut Teilhabebericht NRW 2025 sei die Quote der Menschen mit Beeinträchtigungen, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, mit 53 Prozent nach wie vor deutlich geringer als bei Menschen ohne Beeinträchtigungen (76 Prozent), heißt es in einem Antrag (18/16924) der Fraktionen. Die Landesregierung solle im Rahmen vorhandener Mittel einen inklusiven Arbeitsmarkt gestalten und die Inklusionsbetriebe weiterentwickeln. Die Weiterentwicklung des Budgets für Arbeit und Ausbildung solle auch der Unterstützung für Inklusionsunternehmen dienen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Schutz vor Gewalt

17.12.2025 – Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, das Anfang des Jahres von Bundestag und Bundesrat beschlossene Gewalthilfegesetz zügig umzusetzen. Das Gesetz sichert von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern einen kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung zu. Dieser trete aber erst 2032 in Kraft, schreibt die Fraktion: „Bis dahin gibt es weiter Schutzlücken, insbesondere für Betroffene, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben.“ Die Fraktion weist auf einen Anstieg häuslicher sowie speziell gegen Frauen gerichteter Gewalt auch in Nordrhein-Westfalen hin. Spätestens 2030, so eine der Forderungen im Antrag (18/16908), müsse jeder schutzsuchenden Frau ein Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt. Neben der SPD stimmte die FDP zu.

Cannabis-Legalisierung

17.12.2025 – Die AfD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Aufhebung des Cannabisgesetzes einzusetzen, das im April 2024 in Kraft getreten war. Die gesundheitlichen Risiken von Cannabiskonsum seien insbesondere bei Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Schwangeren gravierend, schreibt die Fraktion in einem Antrag (18/16911). Die Legalisierung habe zu erheblicher Rechtsunsicherheit geführt und Schlupflöcher für den illegalen Handel eröffnet. Aufklärungsmaßnahmen über die gesundheitlichen Risiken von Cannabis und anderer Rauschmittel müssten deutlich verstärkt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt.

Bürgerrat

18.12.2025 – Der Landtag hat das Thema für den ersten Bürgerrat beschlossen. Es lautet: „Generationsübergreifende Daseinsvorsorge – Wie können digitaler Fortschritt und der Einsatz von KI, auch wenn Krankheit oder Pflegebedarf eintreten, ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter unterstützen?“ Ein entsprechender Antrag (18/17137) von CDU, SPD, Grünen und FDP wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen beschlossen. Die AfD stimmte dagegen. Technischer Fortschritt sei in der Lage, das Leben in sämtlichen Bereichen zu verändern, und könne „einen Beitrag für ein selbstbestimmtes Leben und für die Daseinsvorsorge leisten“, heißt es unter anderem im Antrag. Der Landtag hatte im Januar beschlossen, dass es 2026 erstmals einen Bürgerrat geben soll. Dem Gremium sollen 80 Personen angehören, die mindestens 16 Jahre alt sind und nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Der Bürgerrat soll dem Landtag nach maximal zehnwöchiger Beratung seine Handlungsempfehlungen vorlegen. Seine Arbeit wird zudem wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Ehrenamtskarte

18.12.2025 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen die Zugangsvoraussetzungen zur „Ehrenamtskarte“ senken. Derzeit können Menschen die Karte beantragen, wenn sie sich wenigstens fünf Stunden pro Woche bzw. 250 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagieren und dafür keine pauschale Aufwandsentschädigung erhalten. Künftig solle ein Jahresdurchschnitt von 200 Stunden reichen, heißt es in einem Antrag (18/16923). Zudem solle es die Karte auch für Ehrenamtliche geben, die eine Aufwandsentschädigung bekommen. Voraussetzung: Sie dürfe den steuerlichen Freibetrag der Ehrenamtspauschale bzw. der Übungsleiterpauschale nicht übersteigen. Mit der Karte können Angebote öffentlicher, gemeinnütziger und privater Einrichtungen vergünstigt genutzt werden. Rund 5.400 Vergünstigungen stünden zur Verfügung, so die Fraktionen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Petitionsausschuss

18.12.2025 – Über die Arbeit des Petitionsausschusses hat dessen stellvertretender Vorsitzender, Thomas Schnelle (CDU), dem Landtag berichtet. 2025 erreichten den Ausschuss mehr als 5.200 Petitionen. Mehr als 6.000 wurden geprüft, beraten und beschieden. Ein Schwerpunkt sei mit fast 30 Prozent der Bereich Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt gewesen. Das Ausländerrecht sei mit 13 Prozent aller Eingaben vertreten. Rund 10 Prozent hätten das Sozialrecht betroffen, vor allem Fragen zu existenzsichernden Leistungen. Anhand verschiedener Beispiele verdeutlichte Schnelle, welche „frappierenden Einzelschicksale hinter Petitionen stecken“. Er berichtete von einer erblindeten jungen Frau, die fast zehn Jahre lang um die Anerkennung ihrer Behinderung gekämpft habe. Nach wiederholten Hinweisen durch den Petitionsausschuss an die Kommune und einem entsprechenden Gerichtsurteil sei nun zu hoffen, dass die Frau die notwendigen Hilfsmittel erhalte.

Foto: Schälte

DER LANDTAG ALS ARBEITGEBER

ARBEITEN IM HERZEN DER DEMOKRATIE

Leserinnen und Leser von Landtag Intern sind landespolitisch stets gut informiert. Was viele vielleicht nicht wissen: Der Landtag ist auch ein attraktiver und interessanter Arbeitgeber.

Die Landtagsverwaltung mit ihren mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt die Fraktionen und die Abgeordneten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.
Die Aufgaben sind vielfältig und abwechslungsreich. Die Verwaltung bereitet Sitzungen des Landtags vor, kümmert sich um das IT-Management und die Instandhaltung des Gebäudes, die Dokumentation aller Parlamentspapiere, sie verfügt über eine eigene Personalabteilung, eine Vergabestelle und vieles mehr.

Wir suchen unter anderem

- **Juristinnen und Juristen**
- **Verwaltungsfachleute**
- **Expertinnen und Experten für das IT-Management**
- **Handwerkerinnen und Handwerker**
- **Technikerinnen und Techniker**
- **Ingenieurinnen und Ingenieure**
- **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Büromanagement**

Haben Sie Fragen?

Oder möchten Sie Ihre Bewerbung an den Landtag schicken:
personalmanagement@landtag.nrw.de

Wir suchen Sie!

Sie suchen eine herausfordernde Tätigkeit und wollen an der demokratischen Gestaltung unseres Bundeslandes mitwirken? Dann werden Sie Teil unseres Teams. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ihr André Kuper
Präsident des Landtags

Alle aktuellen Stellenausschreibungen finden Sie im Internetauftritt des Landtags:
https://lt.nrw/Stellenangebote

SCHWERPUNKT

Landtag senkt Wahlalter ab

13. November 2025 / 17. Dezember 2025 – Junge Menschen dürfen bereits bei der nächsten Landtagswahl ab 16 Jahren mitbestimmen. Auf Initiative der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP hat der Landtag das Wahlalter herabgesetzt. Gegen die Verfassungsänderung stimmte die AfD. Im November hatten sich Sachverständige zu dem Vorhaben im Hauptausschuss geäußert.

„Junge Menschen haben großes Interesse an der Politik und wollen sich an politischen Entscheidungen beteiligen, die sie, ihre Zukunft oder die Gesellschaft betreffen“, heißt es im Gesetz (18/15905). An Landtagswahlen dürften sie sich in Nordrhein-Westfalen jedoch bislang nicht beteiligen: Wer wählen will, müsse mindestens 18 Jahre alt sein. Junge Menschen seien in den Parlamenten unterrepräsentiert, müssten aber mit den Folgen der politischen Entscheidungen länger leben als Ältere. Zudem gebe die niedrige Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen Anlass dafür zu werben, stärker an demokratischen Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

„Generationengerechtigkeit“

Der Jurist Prof. Dr. Gernot Sydow (Universität Münster) hebt in seiner schriftlichen Stellungnahme hervor, dass der Gesetzentwurf einen Beitrag dazu leisten könne, die unter dem „Stichwort der Generationengerechtigkeit“ diskutierten Probleme abzumildern. Mit der zunehmenden Lebenserwartung bei gleichzeitig geringer Geburtenrate habe die ältere Generation politisch größeres Gewicht als die jüngere Generation. Jedoch seien die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, diesem demografischen Problem zu begegnen, begrenzt oder rechtlich umstritten. Mit Blick auf die Altersschwelle weist Sydow darauf hin, dass eine gleiche Altersschwelle bei verschiedenen Wahlen förderlich für Akzeptanz und Plausibilität wahlrechtlicher Regelungen wäre. Ein solches „Gleichauf“ könne jedoch nicht erzwungen und auch praktisch nicht realisiert werden, da es in Deutschland mit dem Bund und den Ländern unterschiedliche Wahlgesetzgeber gebe.

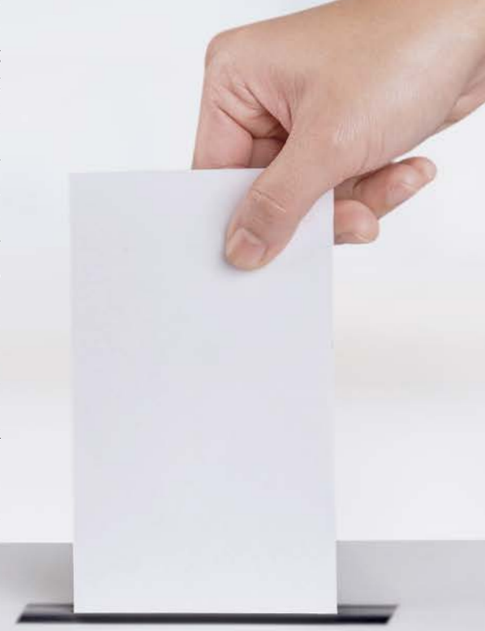
Die „generationenpolitische Brisanz“ einer Absenkung des Wahlalters betont auch der Jurist Prof. Dr. Hermann K. Heußner (Fachhochschule Osnabrück). Aufgrund des demografischen Wandels werde die Gruppe der jüngeren Wahlberechtigten immer kleiner. Eine Absenkung der Altersschwelle auf 16 Jahre vergrößere die Wählerschaft in Nordrhein-Westfalen zwar nur um 2,3 Prozent. Da junge Wähler und Wählerinnen jedoch häufig anders wählten als der Durchschnitt, könne die Wahlalterabsenkung bei der Verteilung der Mandate relevant sein und „potenziell über die Regierungsbildung entscheiden“. Verfassungstheoretisch sei die Absenkung des Wahlalters dringend geboten, da die bestehende Regelung den 16- und 17-Jährigen das „demokratische Existenzminimum“ entziehe. Deutsche Jugendliche hätten darüber hinaus im Wesentlichen dasselbe politische Interesse wie 18-Jährige. Das Gleiche gelte für das politische Wissen.

Der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Christian Palentien (Universität Bremen) betont, eine Absenkung des Wahlalters sei ein Signal an die junge Generation, dass sie von wichtigen Entscheidungen nicht ausgeschlossen werde. Sie solle mit der Senkung der Altersschwelle in die Verantwortung genommen werden, sich mit politischen Themen in einer „entscheidungsbezogenen Form auseinanderzusetzen“. Kinder und Jugendliche würden zudem ab einem Alter von etwa 14 Jahren „sozial und moralisch urteilsfähig“. Jugendliche seien unter anderem im Hinblick auf Mediennutzung, Freizeit- und Konsumverhalten sowie Bildungsweg selbstständig und selbstverantwortlich. Gehe es jedoch um politische Entscheidungen, werde der jungen Generation diese Eigenständigkeit abgesprochen, „obwohl sie die Folgen der derzeitigen Politik tragen muss“.

Die beabsichtigte Senkung des Wahlalters wahre den verfassungsrechtlichen Rahmen, schreibt Staatsrechtler Prof. Dr. Markus Ogorek (Universität zu Köln). Es gebe keinen bundesrechtlichen Grundsatz, dass in den Ländern nur Volljährige wählen dürften. Somit bewege sich die geplante Verfassungsänderung „innerhalb des dem Landtag zustehenden Gestaltungsspielraums“. Die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten stehe im Einklang mit dem Leitbild der allgemeinen Wahl und dem Demokratieprinzip: „Sie fördert die demokratische Teilhabe jüngerer Staatsbürger.“ Die geplante Änderung der Landesverfassung erweise sich vor diesem Hintergrund insgesamt als verfassungsrechtlich unbedenklich – und aus seiner Sicht auch als „rechtspolitisch begrüßenswert“.

„Diese Entscheidung ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt“, begrüßt der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen den Gesetzentwurf. Demokratie lebe von Mitbestimmung und Teilhabe. Das

Montage: de Haar



gelte für alle Generationen. Wer erlebe, dass die eigene Stimme zähle, sei motiviert, sein Umfeld und die Gesellschaft zu gestalten. Die hohe Beteiligung an den durch den Landesjugendring koordinierten U-16- und U-18-Wahlen verdeutliche, dass junge Menschen politisch interessiert und entscheidungsfähig seien. In diesem Zusammenhang sei die Absenkung des Wahlalters ein „starker Schritt“, aber nur ein Teil einer „eigenständigen und einmischenden Jugendpolitik“. Es brauche eine breit gefächerte Jugendstrategie. Der Austausch mit den Landesjugendringen der Bundesländer mit einem Wahlalter ab 16 Jahren habe gezeigt, dass eine Ansprache junger Menschen notwendig sei, damit sie von ihrem Wahlrecht erführen und es nutzten.

„Inklusiveres Wahlrecht“

Die Psychologin und Politikwissenschaftlerin Dr. Elisabeth Graf vom Institut für Schulentwicklungsforschung (TU Dortmund) hebt hervor, dass eine Absenkung des Wahlalters ein inklusiveres Wahlrecht bedeute. Die breitere Berücksichtigung der Interessen von Jugendlichen nähere sich dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl an. Auf Grundlage der wissenschaftlichen Befunde spreche wenig gegen eine Absenkung des Wahlalters. Graf thematisiert außerdem die Rolle von schulischen Bildungsangeboten bei der Vorbereitung auf die Wahl. Die Forschung zeige vielversprechende Ergebnisse, wenn es darum gehe, durch politische Bildung sozialen Ungleichheiten in der politischen Beteiligung und Kompetenz entgegenzuwirken: „Eine Wahlaltersenkung könnte hier helfen, die wahrgenommene Relevanz und den Nutzen der gelernten Inhalte zu erhöhen.“ Darüber hinaus könne die Senkung der Altersschwelle den Jugendlichen signalisieren, dass ihre Perspektive wertgeschätzt werde.

rüc

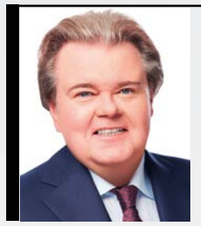
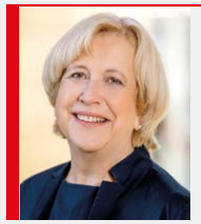
Eine Übersicht über alle eingegangenen Stellungnahmen finden Sie hier:

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Wählen ab 16

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

	Das Wahlrecht …	Teilhabe …	Die junge Generation …	Wählen ab 16 …
 **Klaus Voussem** (CDU)	… ist ein zentrales Recht unserer Verfassung. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, politische Entscheidungen aktiv mitzugestalten. Es stärkt Demokratie und Mitbestimmung, sorgt für Vielfalt im Parlament und macht politische Prozesse transparent und nachvollziehbar.	… bedeutet mehr als das Kreuz auf dem Stimmzettel – sie ermöglicht es, die eigene Stimme wirksam einzubringen und politische Entscheidungen mitzugestalten. Wer wählt, stärkt die Demokratie und sorgt dafür, dass verschiedene Interessen sichtbar werden. Jede Stimme zählt – für eine Gesellschaft, die alle mitnimmt.	… hat ein gutes Gespür für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Freiheit. Und sie muss am längsten mit den Entscheidungen leben, die wir heute treffen. Deshalb braucht sie Raum zur Mitgestaltung, aber auch Orientierung, Werte und Verlässlichkeit, Unsere Aufgabe ist es, diesen Rahmen zu sichern – mutig und geduldig zugleich.	… ist ein wichtiger Schritt zu mehr politischer Verantwortung. Wer früher einbezogen wird, wächst stärker in unsere Demokratie hinein. So wird Demokratie jünger, vielfältiger und lebendiger. Zugleich braucht frühe Beteiligung auch gute politische Bildung. Denn Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Wer mitbestimmt, sollte auch wissen, worum es geht und was es bedeutet.
 **Elisabeth Müller-Witt** (SPD)	… ist die Berechtigung, an einer (politischen) Wahl teilnehmen zu können. Es ist ein Recht von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern und Ausdruck von Beteiligung in einem Staat. Durch die Ausübung des Wahlrechts wirken Menschen an der politischen Machtverteilung innerhalb eines Parlaments mit. Sie gestalten also die Mehrheitsverhältnisse des Gesetzgebers.	… bedeutet, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und in politische Abläufe einzubringen. So fördert sie zum Beispiel das Vertrauen in politische Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wahlen sind ein Aspekt von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, da mit der Wahlentscheidung der politische Wille von Einzelnen zum Ausdruck gebracht wird.	… ist politisch interessiert und besonders engagiert – besonders bei Fragen, die ihre Zukunft betreffen. Menschen jüngerer Generationen möchten Einfluss nehmen auf die Lebens-, Arbeits- und Klimabedingungen. Sie möchten im Alter gut und sicher leben und beschäftigen sich intensiv mit Fragen wie Krieg und Frieden, soziale Gerechtigkeit und Wohlstandssicherung.	… ist vor diesem Hintergrund konsequent und lange überfällig. Junge Menschen können nun nicht nur bei Kommunal- und Europawahlen, sondern auch bei Landtagswahlen wählen – das ist nur fair. So haben sie die Möglichkeit, ihre politischen Interessen auf Landesebene besser repräsentiert zu sehen. Es stärkt also nicht nur die Teilhabe, sondern auch die Akzeptanz von politischen Entscheidungen.
Dagmar Hanses (Grüne)	… ist eine wichtige Säule unserer Demokratie. Je mehr Menschen an Wahlen teilnehmen, desto mehr legitimiert sich ein Parlament, eine Regierung, eine Demokratie. Mit der Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren auch für die Landtagswahlen in NRW stärken wir die politische Beteiligung der Jugendlichen und unsere Demokratie. Ein längst überfälliger Schritt, für den wir Grüne lange gekämpft haben.	… und Beteiligung junger Menschen ist uns ein besonderes Anliegen. Dass künftig auch 16- und 17-Jährige den Landtag wählen können, ist ein Meilenstein für mehr Partizipation. Zudem haben wir als schwarz-grüne Koalition unter anderem die Jugendbeteiligung in den Jugendhilfeausschüssen und den kommunalen Jugendgremien gestärkt sowie das Mindestalter für sachkundige Bürgerinnen und Bürger auf 16 Jahre abgesenkt.	… stellt in unserer Gesellschaft aufgrund der Demografie inzwischen eine Minderheit dar. Mit dem Wahlrecht ab 16 Jahren tragen wir auch zu mehr Generationengerechtigkeit bei. Junge Menschen sind politisch, engagiert und müssen viel länger mit den politischen Entscheidungen von heute leben. Daher ist es uns wichtig, ihre Mitbestimmung zu stärken.	… gibt Jugendlichen endlich das Mitspracherecht, das sie verdienen. Junge Menschen können ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen und bekommen die Möglichkeit, über ihre Zukunft und ihre Anliegen mitzuentscheiden. Wir Grüne setzen uns daher auch dafür ein, bei den Bundestagswahlen das Wahlalter auf das 16. Lebensjahr abzusenken.
Dirk Wedel (FDP)	… ist das vornehmste Recht in der Demokratie. Mit der geplanten Verfassungsänderung zum Wahlalter ab 16 auch bei Landtagswahlen setzt Nordrhein-Westfalen ein starkes Signal für mehr Partizipation junger Menschen. Bereits heute dürfen 16-Jährige bei Kommunalwahlen und bei den Europawahlen ihre Stimme abgeben. Es gibt keinen Grund, weshalb sie bei Landtagswahlen hiervon ausgeschlossen bleiben sollen.	… ist für jede funktionierende Demokratie von wesentlicher Bedeutung. Der Anteil älterer Wählerinnen und Wähler ist in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen, während der Einfluss der jungen Generation auf Wahlentscheidungen deutlich geringer geworden ist. Das Wahlrecht ab 16 wirkt dem entgegen und stärkt die Generation, die die Folgen heutiger Entscheidungen am längsten zu tragen hat.	… ist politisch interessiert, informiert und engagiert sich in Schulen, Verbänden und Initiativen. Sie entscheidet bereits über ihre Ausbildung, ihren Beruf und Lebensweg und sollte auch über die politische Zukunft des Landes mitbestimmen. 16-Jährige verfügen bei typisierender Betrachtung über die psychische Reife, das Wissen und die Urteilsfähigkeit, um reflektierte Entscheidungen zu treffen.	… ist unabhängig zu sehen von anderen Altersgrenzen. Auch heute gibt es Rechte und Pflichten, die auf Jugendliche bereits vor ihrem 18. Geburtstag zukommen, sei es mit 15 Jahren die Aufnahme einer Ausbildung, die Religionsmündigkeit oder die Strafmündigkeit ab 14 Jahren. Ein Gleichlauf mit der Volljährigkeit ist im Rechtssystem nicht strikt durchgehalten und wäre auch nicht sachgerecht.
Andreas Keith (AfD)	… knüpft in Deutschland traditionell und systematisch an die mit der Volljährigkeit erreichte volle rechtliche Verantwortungsfähigkeit an.	… setzt notwendigerweise Einsichts- und Urteilsfähigkeit voraus; sie ist kein Selbstzweck, sondern verlangt jene persönliche Reife, die der Gesetzgeber aus guten Gründen erst mit 18 Jahren verbindlich annimmt.	… hat Anspruch darauf, ernst genommen und vor politischer Instrumentalisierung geschützt zu werden.	… bedeutet keine Stärkung der Demokratie, sondern eine willkürliche Aufspaltung der Mündigkeitsgrenzen, die das gewachsene, kohärente System von Volljährigkeit, politischer Selbstbestimmung und rechtlicher Verantwortlichkeit untergräbt.

NRW-Pressefoto 2025: Zeitzeugin erinnert an den Holocaust

9. Dezember 2025 – Wie erinnern wir uns an unsere Geschichte, wenn Zeitzeugen sie nicht mehr erzählen können? Eine Antwort darauf gibt das NRW-Pressefoto 2025. Das Siegerbild zeigt die Holocaust-Überlebende Eva Weyl, die in einem TV-Studio für ein Hologramm-Projekt gefilmt wird. Bernd Thissen hat das Foto „Stimme für die Ewigkeit" für die Deutsche Presse-Agentur gemacht.

André Kuper, der Präsident des Landtags, hatte den Journalistenpreis des Landtags Nordrhein-Westfalen 2018 ins Leben gerufen. Beworben haben sich in diesem Jahr 60 Fotografinnen und Fotografen mit insgesamt 238 Fotos. Darunter sind sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Nachwuchspreises (bis 30 Jahre). Mit Unterstützung der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West wurden Preisgelder in Höhe von 22.000 Euro vergeben.

Das NRW-Pressefoto ist der einzige Jahresrückblick aus professionellen Bildern in Nordrhein-Westfalen: Eine durch den Landtag benannte Jury hat 30 Fotos ausgewählt, die bis Januar im Parlament ausgestellt werden. Die Bilder lassen das Jahr Revue passieren: der Winterwahlkampf zur Bundestagswahl, die Kommunalwahlen, die verstärkte Wahrnehmung der Bundeswehr, Kriegs-Flüchtlinge aus der Ukraine und Fußball-Fieber in Bielefeld.

Platz 1: Bernd Thissen, Stimme für die Ewigkeit

Platz 2: Michael Bause, Das Wunder von Köln

Sonderpreis zum Wahljahr

Platz zwei des Journalistenpreises ging an Michael Bause für ein Foto von zwei bei der Explosion einer Pipeline in der Ukraine schwer verletzten Jungen. In Köln haben sie zurück ins Leben gefunden. Das Foto erschien am 14. Mai 2025 im Kölner Stadt-Anzeiger. Auf den dritten Platz kam Ina Fassbender. Sie fotografierte am 4. September 2025 für die Nachrichtenagentur AFP das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Landtag.

50 Bilder wurden für den Sonderpreis „Das Wahljahr in Nordrhein-Westfalen" eingesandt. Ihn erhält Christoph Reichwein für einen besonderen Blick auf den CDU-Wahlkampfabschluss am 21. Februar 2025 in Oberhausen mit Friedrich Merz.

Über den Nachwuchspreis entschied die Öffentlichkeit: Mehr als 500 Stimmen wurden abgegeben, eine deutliche Mehrheit stimmte für das Foto eines Prozesses vor dem Landgericht Dortmund. Lukas Wittland fotografierte dort am 12. Dezember 2024 für die Ruhr Nachrichten. Das Bild zeigt die Brüder von Mouhamed Dramé, der bei einem Polizeieinsatz 2022 ums Leben gekommen war.

Landtagspräsident André Kuper zeichnete die Siegerin und Sieger aus und betonte: „Das NRW-Pressefoto ist ein beeindruckender Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr. Wir lassen im Landtag die Bilder des Jahres Revue passieren. Wir erinnern uns an emotionale und schöne Momente und an politisch bewegende Zeiten. Das Siegerbild dokumentiert unsere Geschichte in doppelter Hinsicht: Es zeigt den Versuch, die Erinnerungen der Zeitzeugen an den Holocaust wachzuhalten und zu konservieren. Eine Aufgabe, der sich unsere Gesellschaft in Zeiten von wachsendem Antisemitismus und Israel-Hass neu stellen muss. Das NRW-Pressefoto ist immer auch ein Dokument seiner Zeit, würdigt aber besonders die wichtige Arbeit der Pressefotografinnen und -fotografen für unsere Demokratie. Ich lade die Bürgerinnen und Bürger herzlich ein, zur Ausstellung zu kommen und im Landtag auf das Jahr zurückzuschauen."

Landtagspräsident André Kuper (2.v.r.) mit (v.l.) Michael Bause, Christoph Reichwein, Ina Fassbender, Bernd Thissen und Lukas Wittland

André Kuper, Präsident des Landtags Fotos: Mark Hermenau

Die Bilder des Jahres sind bis Mitte Januar 2025 im Landtag ausgestellt. Alle Fotos sind zudem auf der Internetseite des Landtags zu finden: www.landtag.nrw.de. *red*

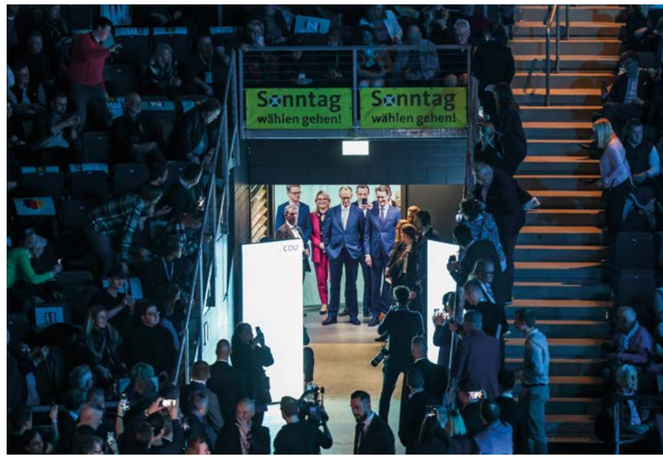
Die Jury

Zur Jury des NRW-Pressefotos gehörten:

- André Kuper, Präsident des Landtags
- Roland Geisheimer, Fotograf, Freelens, Verband der Fotografinnen und Fotografen
- Volkmar Kah, Geschäftsführer Deutscher Journalistenverband NRW
- Andreas Müller, Geschäftsführer des Zeitungsverlags Aachen und Mitglied des Vorstands des Zeitungsverlegerverbands NRW
- José Narciandi, Landtagskorrespondent Radio NRW und Mitglied im Vorstand der Landespressekonferenz
- Prof. Elke Seeger, Fotografie und Konzeption, Prorektorin für Studium und Lehre, Folkwang Universität der Künste
- Georg Jorczyk, Grimme-Institut
- Fabian Ritter, Preisträger NRW-Pressefoto 2024

Ein Video zur Veranstaltung finden Sie unter:
https://lt.nrw/Videos

Platz 3: Ina Fassbender, Gelöbnis am zentralen Ort der Demokratie



Sonderpreis: Christoph Reichwein, Sekunden vor dem Auftritt

Nachwuchspreis: Lukas Wittland, Tod eines Bruders

AUS DEN FRAKTIONEN

„Nordrhein-Westfalen positioniert sich als KI-Vorreiter“

Forschung, Innovation und Verantwortung: In Jülich wird Zukunft greifbar. Abgeordnete der CDU-Fraktion aus den Arbeitskreisen Wirtschaft und Umwelt haben den neuen Supercomputer JUPITER im Forschungszentrum Jülich besucht – den ersten Exascale-Rechner Europas. Mit mehr als einer Trillion Rechenoperationen pro Sekunde hilft er dabei, drängende Fragen in Medizin, Klima und Energie zu lösen. Er ist der leistungsstärkste Rechner Europas und der viertgrößte weltweit – ein starkes Zeichen für die Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen und Europa. Um seine Rechenleistung zu erreichen, wären 1 Million moderner Smartphones notwendig. Die Bodenplatte für das Rechenzentrum ist 3.600 Quadratmeter groß – so groß wie ein halbes UEFA-Fußballfeld.

„Deutschland kann bei Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Technologien viel bewegen – wenn wir die richtigen Entscheidungen treffen und mutig handeln. Gerade bei Künstlicher Intelligenz haben Deutschland und Europa echte Chancen mitzugestalten. JUPITER, der schnellste Rechner außerhalb der USA, kann dazu beitragen“, sagt Dr. Christian Untrieser, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. „Es reicht nicht, nur aufzuholen – wir müssen unsere Stärken gezielt einsetzen.“ JUPITER ist dabei ein konkreter Schritt nach vorn: ein leistungsstarker Supercomputer, der den Strukturwandel im Rheinischen Revier unterstützt – dort, wo lange Kohle im Mittelpunkt stand. „Mit Projekten wie diesem kommt NRW seinem Ziel näher, ein bedeutender Standort für Künstliche Intelligenz in Europa zu werden.“

Foto: CDU-Landtagsfraktion NRW/Ralph Sondermann

Die Abgeordneten Dr. Christian Untrieser (l.) und Thomas Okos (2.v.r.) mit Thomas Lippert und Kristel Michielsen vom Jülich Supercomputing Centre.

CDU NRW-Fraktion

Pott*Vision*: Veranstaltung brachte Interessierte aus dem ganzen Ruhrgebiet zusammen

Rund 80 Menschen aus dem „Pott“ kamen auf unsere Einladung Ende November in der Bochumer Quartiershalle zusammen, um sich über Perspektiven und Ideen für das Ruhrgebiet auszutauschen. So diskutierte unser Fraktionsvorsitzender Jochen Ott (Foto l.) mit Garrelt Duin (Foto r.), Regionaldirektor des Regionalverbands Ruhr und ehemaliger Landeswirtschaftsminister, und Sarah Philipp, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und SPD-Landesvorsitzende, über die zentralen Herausforderungen für die Menschen und Unternehmen im größten Ballungsraum Europas.

Anschließend teilten sich die Anwesenden auf: In den drei Workshops „Maloche 2.0“, „Bildungsaufstieg“ und „Leben im Quartier“ konnten sie ihre Ideen platzieren und sich eine Stunde lang intensiv austauschen. In der gemeinsamen Abschlussrunde der Workshops waren sich alle Beteiligten einig: Die Pott*Vision* hat gezeigt, wie viel Energie und Gestaltungswillen im Ruhrgebiet steckt.

SPD NRW Die Fraktion

Von Visionen zu Lösungen: Grüner Umweltkongress setzt Impulse für Umwelt- und Naturschutz

Foto: Simon van de Loo

Eine Fußballlegende als Keynote-Speaker beim Grünen Umweltkongress? Ja! Der ehemalige Stürmer Ewald Lienen hat in einer mitreißenden Rede vor über 400 Teilnehmenden klar gemacht, wie sehr der Erfolg beim Umweltschutz von uns allen abhängt. Nur eines von vielen Highlights.

„Wie können wir in NRW unsere Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen erhalten?“ – um diese Kernfrage drehte sich unser großer Kongress Ende November im Landtag. Stadtnatur, Flächenpolitik, Bildung für nachhaltige Entwicklung oder die Gefahr von Schadstoffen für Kinder und Jugendliche – in 16 Workshops haben die Teilnehmenden mit Referentinnen und Referenten sowie unseren Abgeordneten Umweltschutz in den unterschiedlichsten Facetten aufgegriffen und an konkreten Lösungen gearbeitet. Unter dem Motto „Thinking out of the box: Öko mutig denken“ haben die Wissenschaftsjournalistin Anne Preger und Pauline Brünger, Sprecherin von Fridays For Future Germany, mit Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr, diskutiert. Dabei wurde deutlich: Umweltpolitik muss sich an planetaren Grenzen orientieren und hält damit eine gute Zukunft für uns alle bereit.

„Die große Resonanz auf den Grünen Umweltkongress macht mir Mut“, resümierte Ewald Lienen, mittlerweile Klimabotschafter im Kreis Lippe. „Der Naturschutz hat viele Fans, aber es müssen noch mehr werden. Denn wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.“

GRÜNE IM LANDTAG NRW

FDP-Landtagsfraktion NRW benennt neue Fachsprecherinnen und Fachsprecher sowie Beauftragte

Die FDP-Landtagsfraktion NRW hat im Rahmen ihrer Klausurtagung am 17. und 18. November 2025 mehrere Positionen bei den Fachsprecherinnen und -sprechern sowie Beauftragten neu besetzt. Trauriger Anlass für die organisatorischen Neuaufstellungen war der Verlust des Abgeordneten Marc Lürbke, dessen viel zu früher Tod die Freien Demokraten tief getroffen hat.

Yvonne Gebauer hat die Funktion der Sprecherin für Familie, Kinder und Jugend übernommen und vertritt die FDP-Landtagsfraktion in der Kinderschutzkommission.

Der Parlamentarische Geschäftsführer Marcel Hafke wurde zum neuen Sprecher im Innenausschuss gewählt und wird die liberale Position in sicherheits- und innenpolitischen Fragen weiter schärfen.

Der für Marc Lürbke in den Landtag nachgerückte Thomas Nückel ist neuer Sprecher für Integration, für Medien sowie im Petitionsausschuss.

Dr. Werner Pfeil ist neuer Sprecher im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss V zum Terroranschlag vom 23.08.2024, der die tragischen Ereignisse, die sich in der Stadt Solingen ereigneten, aufarbeitet. Mit juristischer Expertise und PUA-Erfahrung, etwa jüngst zur OVG-Besetzung, will er die Aufklärung des furchtbaren Attentats vorantreiben.

Susanne Schneider ist neue Beauftragte für Angelegenheiten der Bundeswehr. Sie wird die Belange der Soldatinnen und Soldaten, Reservisten und Veteranen weiter engagiert vertreten und sich in unsicheren Zeiten für die Unterstützung unserer Streitkräfte auch aus der Landespolitik einsetzen.

Mit diesen personellen Entscheidungen blickt die FDP-Landtagsfraktion gut aufgestellt auf die kommenden Monate. Zugleich erinnert sich das Team dankbar an Marc Lürbke, der die Fraktion menschlich wie politisch geprägt hat. Die FDP-Landtagsfraktion NRW wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Freie Demokraten Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

Unsere Art zu leben

Glühwein für 7,50 Euro hinter Betonblöcken – das sind Weihnachtsmärkte im Jahr 2025, wo sie noch stattfinden. Es heißt, wir würden uns als Gesellschaft „unsere Art zu leben“ nicht nehmen lassen. Doch leider muss man sagen: Das ist längst geschehen.

Die Feinde unserer westlichen Wertegemeinschaft erreichen das, was sie erreichen wollen, weil westliche Regierungen oft nicht halten, was sie versprechen. Traditionen, die bis vor wenigen Jahren selbstverständlich waren, finden nun zwischen schwer bewaffneten Polizisten statt.

Die Frage ist dabei nicht nur, wie sicher Weihnachtsmärkte sind, sondern warum wir sie überhaupt schützen müssen. Zur Antwort gehört: Auch offene Grenzen tragen eine Mitverantwortung an dieser Situation.

Betonpoller versuchen, Terroristen zu stoppen, die mit sicheren Grenzen oft gar nicht im Land wären.

Dr. Martin Vincentz (AfD)

Für uns ist klar: Uns fehlen nicht Betonpoller, sondern konsequente Regierungen. Anstatt Weihnachtsmärkte abzuriegeln, müssen wir Terroristen möglichst bereits stoppen, bevor sie unser Land betreten.

Als AfD-Fraktion möchten wir, dass Kinder nicht ohne Weihnachtsmärkte, sondern ohne LKW-Sperren aufwachsen. Wer sagt: „Das wird es nie wieder geben“, hat „unsere Art zu leben“ abgeschrieben. Wir können uns eine Zukunft mit Weihnachtsmärkten ohne Barrikaden genauso gut vorstellen, wie wir uns noch daran erinnern können.

AfD Fraktion NRW

Ehrenamtsmedaillen für die „guten Seelen der Gesellschaft“

2. Dezember 2025 – Präsident André Kuper hat sieben Initiativen und Einzelpersonen für ihr Engagement mit der Ehrenamtsmedaille 2025 des Landtags ausgezeichnet. Er bezeichnete die Geehrten als „die guten Seelen der Gesellschaft“.

Bei einer Feierstunde im Parlament überreichte André Kuper die Medaillen. Die Geehrten stünden für die Bereitschaft und Verantwortung, für andere Menschen einzustehen. Ihr Engagement zeige, „wie stark eine Gemeinschaft sein kann, wenn Menschen füreinander einstehen“. Damit wurden nicht nur die Projekte, sondern auch die Haltungen der Engagierten gewürdigt, sagte der Präsident.

104 Vorschläge aus ganz NRW

Der Jury der jährlichen Auszeichnung gehören Präsident Kuper, Vizepräsidentin Berivan Aymaz, die Vizepräsidenten Rainer Schmeltzer und Christof Rasche sowie Sprecherinnen und Sprecher des Netzwerks bürgerschaftliches Engagement NRW an: Stephanie Krause, Dr. Silke Eilers und Stefan Ast. Sie wählten die Trägerinnen und Träger der Ehrenamtsmedaille aus 104 Vorschlägen aus ganz Nordrhein-Westfalen aus.

Vorschlagsberechtigt sind die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen, aber auch Vorschläge aus der Mitte der Gesellschaft sind möglich. Das Preisgeld in Höhe von je 3.000 Euro ist zweckgebunden und für die Förderung des prämierten Engagements und dessen Fortbestand einzusetzen. *red*

Ein Video zur Veranstaltung finden Sie unter:
https://lt.nrw/Videos

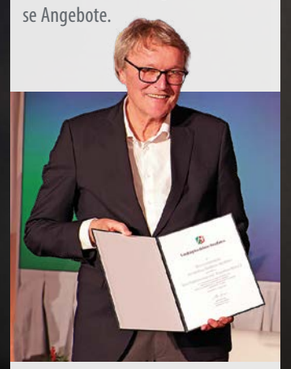
Café Kränzchen auf dem Osthofenfriedhof in Soest

Das „Café Kränzchen“, vertreten durch Gründerin Martina Brennecke und Karin Schulze-Kump-Grade, hat auf dem Osthofenfriedhof in Soest einen offenen Begegnungsort für Trauernde und Menschen aus der Nachbarschaft geschaffen. Ehrenamtliche bieten Gespräche, Begleitung und einen geschützten Raum zum Austausch an. Das Projekt baut soziale Isolation ab und zeigt, wie Friedhöfe als Orte des Miteinanders wirken können.

Karin Schulze-Kump-Grade (l.) und Martina Brennecke

GIP Gewaltintervention und -Prävention Werl

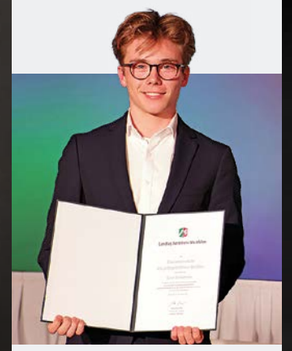
GIP Werl, vertreten durch Dr. Wolfgang Gossmann, unterstützt Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt. Der anerkannte Träger der freien Jugendhilfe bietet seit 2000 Gewaltprävention in Kitas und Schulen an – mit Projekten zu Mobbing, sexuellen Grenzverletzungen und sozialer Kompetenz. Die Arbeit wird überwiegend durch Spenden finanziert und ermöglicht kostenlose Angebote.



Dr. Wolfgang Gossmann

Sören Werlemann aus Münster

Der 18-jährige Sören Werlemann engagiert sich für politische Bildung und die Beteiligung junger Menschen – von der Schülervertretung bis zum Jugendrat Münster. Er vertritt die Interessen von mehr als 50.000 Schülerinnen und Schülern und setzt erfolgreiche Projekte wie BMX-Parks oder Hygieneartikelspender um. Als Jugenddelegierter wirkt er inzwischen auch auf Landes-, Bundes- und UN-Ebene.



Sören Werlemann

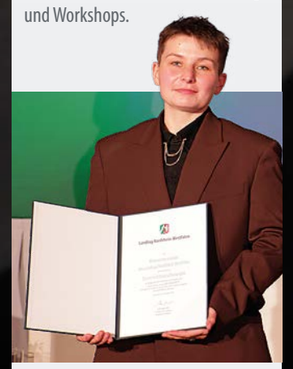
Initiative für Respekt und Toleranz Münsterland

Die Initiative aus Münster und dem Münsterland, vertreten durch Andrea Wommelsdorf und Burkhard Knöpker, entstand 2020 als Reaktion auf zunehmende Angriffe auf Einsatzkräfte. Mit der bundesweiten Wanderausstellung „Der Mensch dahinter“ und weiteren Projekten gibt sie Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Bahn- und Ordnungsdienstpersonal ein Gesicht und wirbt öffentlich für mehr Respekt.

Andrea Wommelsdorf und Burkhard Knöpker

Samson Grzybek mit Queermed Deutschland aus Köln

Queermed wurde 2021 von Samson Grzybek aus Köln gegründet und bietet ein bundesweites Verzeichnis für queerfreundliche, diskriminierungssensible Praxen (mehr als 900). Das ehrenamtliche Projekt hilft Betroffenen, passende und diskriminierungsfreie medizinische Versorgung zu finden, und sensibilisiert Behandelnde durch Materialien, Vorträge und Workshops.



Samson Grzybek

Ralf Heibrok mit „Glückstour“ aus Schloß Holte-Stukenbrock

Ralf Heibrok aus Schloß Holte-Stukenbrock initiierte 2006 zum ersten Mal die Glückstour, eine bundesweite Spendenradfahrt des Schornsteinfegerhandwerks für krebskranke Kinder und Kinderhospizarbeit. Mit mehr als 4 Millionen Euro unterstützt die Tour Familien, Einrichtungen und Forschungsprojekte.

Ralf Heibrok

Bilitis Naujoks mit ProMensch Kamen & Bündnis #VielfaltverbindetKamen

Bilitis Naujoks prägt Kamens Zivilgesellschaft als Gründerin des Kamener Literaturcafés und Vorsitzende von ProMensch Kamen. Als Mitinitiatorin des Bündnisses „Vielfalt verbindet Kamen“ organisiert sie Bildungsformate, kreative Aktionen und Unterstützung für Opfer sozialer und rassistischer Gewalt.

Fotos: Schälte

Bilitis Naujoks mit Tochter Johanna und Landtagspräsident André Kuper

Jugendlandtag: „Demokratie hautnah erlebt“

13.–15. November 2025 – Wie funktioniert die parlamentarische Arbeit? 195 junge Menschen im Alter von 16 bis 20 Jahren haben dies beim 15. Jugendlandtag hautnah erlebt. Höhepunkt war die Plenarsitzung am Samstag.

André Kuper, der Präsident des Landtags, hatte die Jugendlichen während der drei Tage begleitet und ihnen die Aufgaben des Parlaments erklärt. Er lobte die engagierte Arbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: „Lebendig, kontrovers und verantwortungsvoll“ hätten sie über aktuelle Anträge debattiert und Demokratie hautnah erlebt. An den drei Tagen im Parlament hätten sie gezeigt, dass sie Verantwortung übernehmen und die Zukunft des Landes mitgestalten wollen: „Sie sind Botschafterinnen und Botschafter der Demokratie.“

Die 16- bis 20-Jährigen hatten sich zuvor bei den Landtagsabgeordneten ihrer Wahlkreise für die Teilnahme beworben. Sie schlossen sich zu Jugend-Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Grünen, FDP und AfD zusammen und wählten Fraktionsvorsitzende.

Im Mittelpunkt standen diesmal die Themen „kostenfreies Deutschlandticket für junge Menschen“ und „Einrichtung eines dauerhaften Jugendparlaments“. In Fraktions- und Ausschusssitzungen erarbeiteten die Nachwuchs-Fraktionen dazu Anträge, die später im Plenum zur Abstimmung gestellt wurden. Sachverständige tauschten sich in Anhörungen mit den Jugendlichen zu den ausgewählten Themen aus. Letztere berieten die Anträge in den Ausschüssen und stimmten schließlich in der Plenarsitzung darüber ab.

„Selfie“ mit Landtagspräsident André Kuper

Höhepunkt des Jugendlandtags: die Plenarsitzung

Dauerhaftes Jugendparlament

Den Platz des „echten“ Landtagspräsidenten übernahm Jule Cooper aus Langenberg (Kreis Gütersloh) – sie eröffnete die Sitzung und leitete die Beratungen. Ergebnis der intensiven, dreistündigen Debatte: Die jungen „Abgeordneten“ beschlossen mehrheitlich die Einrichtung eines dauerhaften Jugendparlaments. Der beschlossene Antrag geht nun zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss des Landtags und wird den Abgeordneten als Parlamentsdokument übermittelt.

Der Antrag zur Einführung eines kostenfreien Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende in Nordrhein-Westfalen wurde dagegen abgelehnt. In einer Aktuellen Stunde hatte das Jugendlandtags-Plenum zuvor über „Zunehmende Gewaltkriminalität unter Jugendlichen in NRW – Herausforderungen und Handlungsbedarf“ debattiert.

Auch abseits der Sitzungen und Beratungen wurde es nicht langweilig. Beim Parlamentsabend kamen die Jugendlichen mit den Mitgliedern des Landtags und der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Dr. h. c. Barbara Dauner-Lieb, ins Gespräch.

Seit dem ersten Jugendlandtag 2008 haben mittlerweile mehr als 2.700 junge Menschen an den Sitzungen teilgenommen. Zu den besonders häufig diskutierten Themen gehören Bildungspolitik, öffentlicher Nahverkehr und Digitalisierung. *red*

Gruppenbild im Plenarsaal

Fotos: Kitschenberg

Ein Video zum Jugendlandtag ist abrufbar unter https://lt.nrw/Videos

2025 – DAS JAHR IM RÜCKBLICK

Die Parlamentsnacht lockt mehr als 6.000 Gäste in den Landtag

Foto: Zanin

Januar

Während einer Gedenkstunde im Ständehaus, dem früheren Sitz des Parlaments und heutigen Museum K21, erinnern Landtag und Landesregierung an die Opfer des Nationalsozialismus. Anlass ist der 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee. Im Plenarsaal kommt erstmals das neue elektronische System bei namentlichen Abstimmungen zum Einsatz. In einer Aktuellen Stunde befassen sich die Abgeordneten mit dem Messerangriff auf eine Kindergartengruppe in Aschaffenburg. Beim mutmaßlichen Täter handelt es sich um einen polizeibekannten 28-jährigen Mann aus Afghanistan. Themen weiterer Aktueller Stunden sind die Gewalt an Schulen und die Sanierung der Staatskanzlei. Das Plenum beschließt mehrheitlich die Einsetzung eines Bürgerrats. Er soll seine Arbeit 2026 aufnehmen.

Februar

Das neue Gewalthilfegesetz ist Thema einer Aktuellen Stunde. Von Gewalt betroffene Frauen haben künftig einen kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung. Das Plenum debattiert zudem über die Überstellung von sieben Asylsuchenden per Charterflug nach Bulgarien. Landtagspräsident André Kuper, seine Stellvertreterin Berivan Aymaz sowie seine Stellvertreter Rainer Schmeltzer und Christof Rasche küren die Gewinnerarbeiten des Mal- und Bastelwettbewerbs 2024/2025. Der erste Preis geht an die Igelklasse 4b der KGS Grüngürtelschule in Köln. Im Plenarsaal werden verdiente Karnevalistinnen und Karnevalisten mit der Auszeichnung „Würdigung des Brauchtums“ geehrt.

März

Während einer Schweigeminute vor Eintritt in die Tagesordnung der Plenarsitzung gedenkt der Landtag der Opfer der Germanwings-Katastrophe vor zehn Jahren. 150 Menschen kamen am 24. März 2015 beim Absturz eines Airbus in den französischen Alpen ums Leben, unter ihnen 16 Schülerinnen und Schüler sowie zwei Lehrerinnen des Joseph-König-Gymnasiums in Haltern am See. In Aktuellen Stunden geht es um die vom Bundestag beschlossene Reform der Schuldenbremse, die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen und eine Zunahme rechtsextrem motivierter Straftaten im Land. Die „Monopolarisierung der Meinungsmacht“ ist Thema eines Parlamentsgesprächs, zu dem Landtagspräsident André Kuper eingeladen hat. Der Landtag beschließt mehrheitlich, die Stelle einer/eines unabhängigen Polizeibeauftragten einzurichten.

April

Mehr als 3.000 Menschen besuchen den Landtag während der „Nacht der Museen“.

2025 – DAS JAHR IM RÜCKBLICK

Feierliches Gelöbnis vor dem Landtag Foto: Schälte

Mai

Nordrhein-Westfalen und Israel feiern den 60. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Während einer Feierstunde im Parlament spricht unter anderem Prof. Ron Prosor, der Botschafter des Staates Israel. Belgiens Rückkehr zur Atomenergie sowie die Bedrohung durch Spionage und Sabotage im Auftrag Russlands werden in Aktuellen Stunden debattiert.

Juni

Der Industriestandort NRW und der geplante Stellenabbau beim Stahlhersteller Thyssenkrupp sind Themen Aktueller Stunden. Die Abgeordneten diskutieren zudem über eine Zunahme antisemitischer Vorfälle im Land.

Juli

Der Landtag verabschiedet das „Altschuldenentlastungspaket“. Verschuldete Kommunen sollen davon profitieren. Anlässlich des ersten „Veteranentags“ ist im Landtag eine Ausstellung über Bundeswehrangehörige zu sehen. Die Wirtschaftspolitik und ein Besuch des Ministerpräsidenten mit Spitzenvertretern der Wirtschaft bei der Europäischen Kommission in Brüssel stehen im Mittelpunkt Aktueller Stunden, ebenso die frühkindliche Bildung. Über die Neuausrichtung der US-Außenpolitik und die Folgen für die Europäische Union geht es in einem Parlamentsgespräch. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss „Hochwasserkatastrophe“ legt seinen Abschlussbericht vor. Das Plenum verabschiedet mehrheitlich ein Gesetz zur Stärkung der Sicherheit des Landtags sowie die Einsetzung einer/eines Kinderschutzbeauftragten.

August

Der Wettbewerb „NRW-Pressefoto 2025“ startet. Der Journalistenpreis ist mit 22.000 Euro dotiert und würdigt die Arbeit der Fotografinnen und Fotografen. Ein Sonderpreis wird für Pressefotos zum Thema „Das Wahljahr in Nordrhein-Westfalen“ ausgelobt.

September

Erstmals treten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zum Feierlichen Gelöbnis auf der großen Wiese am Landtag an. 420 junge Frauen und Männer, stationiert in Ahlen, Augustdorf, Höxter, Minden, Münster, Unna und Berlin, bekennen sich zum Abschluss ihrer Grundausbildung öffentlich zur demokratischen Grundordnung. Der Landtag diskutiert über Reformen bei der frühkindlichen Betreuung und Bildung. Anlass sind Medienberichte über ein „Eckpunktepapier“ der Landesregierung. Das Ringen um die Finanzen beginnt – die Abgeordneten beraten erstmals über die Pläne der Landesregierung für den Haushalt 2026. Mehr als 6.000 Gäste erleben den Landtag während der „Parlamentsnacht“ zu ungewohnter Stunde und in ganz besonderer Atmosphäre. Landtagspräsident André Kuper empfängt Bundeskanzler Friedrich Merz im Landesparlament.

Oktober

Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP bringen einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung ein – sie wollen das Mindestalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen. Investiert die Landesregierung genug Geld in die Bildung? Um diese Frage und die Situation speziell im Ruhrgebiet geht es in einer Aktuellen Stunde. Ein weiteres Thema ist die Bedrohung durch Drohnen. Die Enquetekommission I „Chancengleichheit in der Bildung“ stellt ihren Abschlussbericht vor. Eine Delegation aus Nordrhein-Westfalen, angeführt von Landtagspräsident André Kuper und unter Beteiligung aller drei Staatsgewalten sowie gesellschaftlicher Verbände und Religionsgemeinschaften, besucht Israel und die Palästinensischen Gebiete. Auf dem Programm stehen unter anderem Gespräche mit Staatspräsident Jitzchak Herzog. In Yad Vashem macht sich die Delegation für ein Bildungszentrum der Holocaust-Gedenkstätte in Nordrhein-Westfalen stark.

November

Drohnen über europäischen Flughäfen und kritischer Infrastruktur sind auch im November ein Thema. In einem Parlamentsgespräch diskutieren Experten über Konsequenzen. In Aktuellen Stunden debattieren die Abgeordneten über die Rechtslage im Zusammenhang mit sexuell motivierten heimlichen Film- und Fotoaufnahmen („digitaler Voyeurismus“), den Schwerlastverkehr auf Autobahnen und Jugendkriminalität.

Dezember

Der Landtag verabschiedet den Haushalt für das Jahr 2026. Zudem gibt er grünes Licht für eine Änderung der Landesverfassung: Das Mindestalter bei Landtagswahlen wird auf 16 Jahre herabgesetzt. Die Preisträgerinnen und Preisträger des Journalistenwettbewerbs „NRW-Pressefoto 2025“ werden ausgezeichnet, die „Ehrenamtsmedaillen“ an engagierte Menschen verliehen.

Die NRW-Delegation in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem (links Landtagspräsident André Kuper) Foto: Zanin

Sprachen während des Festakts im Plenarsaal: (v.r.) Landtagspräsident André Kuper, die Präsidentin des NRW-Verfassungsgerichtshofs Prof. Dr. Dr. h. c. Barbara Dauner-Lieb und Ministerpräsident Hendrik Wüst Foto: Hartmann

Landtag feiert 75 Jahre Landesverfassung

Nordrhein-Westfalen hat in diesem Jahr ein besonderes Jubiläum gefeiert: Vor 75 Jahren, am 6. Juni 1950, verabschiedete der Landtag die Landesverfassung. Bis heute ist sie gemeinsam mit dem Grundgesetz das Fundament von Demokratie, Frieden und Freiheit im Land.

Die Verabschiedung der Landesverfassung war ein Meilenstein für den demokratischen Wiederaufbau nach Ende des Zweiten Weltkriegs, nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur und Holocaust. Insgesamt 25-mal wurde die Verfassung im Laufe der Jahre den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst. So wurden zum Beispiel 2002 die Rechte von Kindern aufgenommen. Die bislang letzte Änderung erfolgte im Dezember 2025 – der Landtag setzte das Wahlalter bei Landtagswahlen herab.

Mit einem gemeinsamen Festakt im Plenarsaal feierten Landtag, Landesregierung und Verfassungsgerichtshof das Jubiläum am 4. Juli 2025. André Kuper, der Präsident des Landtags, bezeichnete die Landesverfassung als „hohes Gut, das es mit aller Kraft zu schützen gilt. Umso mehr in diesen Zeiten, in denen manche versuchen, Unsicherheit zu schüren und Demokratien mit ihren Institutionen ins Wanken zu bringen“. Ministerpräsident Hendrik Wüst nannte die Verfassung einen Ausdruck der Selbstständigkeit der Länder. Zudem sei sie eine Einladung an alle, „unsere Demokratie mitzugestalten und mitzutragen“. Die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, Prof. Dr. Dr. h. c. Barbara Dauner-Lieb, sprach von einer „Erfolgsgeschichte“. Man könne es als Wunder und Geschenk ansehen, „dass es so schnell nach dem Zusammenbruch des totalitären Faschismus wieder rechtsstaatliche Strukturen gab“.

Porträt: Thorsten Klute (SPD)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Thorsten Klute, Sprecher der SPD-Fraktion für Gesundheit und Pflege – und Mitglied im Integrationsausschuss.

„Mein Gerechtigkeitssinn – nicht nur gute Karrierechancen“, antwortet Thorsten Klute auf die Frage, warum er Jura studiert hat. „Ich wollte anderen zu ihrem Recht verhelfen können. Die Frage, was gerecht ist, bewegt mich bis heute“, sagt der 51-Jährige, der seit 2022 Mitglied des Landtags ist.

Dieser Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit – er hat Klute, der aus einer Schaustellerfamilie stammt, zur Sozialdemokratie gebracht. Sein Großvater verkaufte auf Volksfesten Lebkuchen, sein Vater arbeitete als Offsetdrucker, seine Mutter war Hausfrau. Wie viele seiner Genossinnen und Genossen ist der Volljurist ein Bildungsaufsteiger: „Ich war der erste in der Familie, der studieren konnte“, erzählt er. „Und meine Eltern haben sich dafür krumm gemacht.“

Sozialpolitik

Schon mit 16 wurde Klute SPD-Mitglied. „1990 habe ich in der Zeitung gelesen, dass Oskar Lafontaine im Landtagswahlkampf in Bielefeld auftritt. Damals war der noch SPD-Vorsitzender“, sagt er über den später zur Linkspartei gewechselten einstigen Kanzlerkandidaten seiner Partei – und die Jusos seiner ostwestfälischen Heimatstadt Versmold boten eine kostenlose Bustour zur Veranstaltung an. Zwar habe er auch „Sympathie“ und „freundschaftliche Verbindungen“ zu Grünen gehabt, erzählt Klute in seinem schlichten Landtagsbüro. Doch bis heute bewegten ihn Sozialpolitik und Verteilungsfragen stärker als Umweltthemen.

Für andere engagiert hat sich der Sozialdemokrat nicht nur im Zivildienst, den er in der Altenpflege leistete. Schon 1994, mit 20, wurde er Ratsherr im rund 21.000 Menschen zählenden Versmold, das im Städtedreieck Bielefeld – Osnabrück – Münster liegt. Und als 21-Jähriger besuchte der ehemalige Polonia-Beauftragte Nordrhein-Westfalens erstmals Versmolds polnische Partnerstadt Dobczyce in der Region Małopolska rund um Krakau. Zehn Jahre später wurde Klute, der fließend Polnisch spricht, nicht nur Ehrenbürger von Dobczyce – seit 2016 trägt er auch das Verdienstkreuz der Region Małopolska.

Klute ist Polen auch familiär verbunden, besucht das Nachbarland mehrmals im Jahr: In Dobczyce hat er seine Frau Joanna kennengelernt, die heute als Lehrerin am CJD-Gymnasium des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschlands in Versmold arbeitet. Dort hat Klute auch selbst Abitur gemacht.

Nach Abschluss des Studiums gründete er „zusammen mit einem Handballkumpel“ 2002 eine Anwaltskanzlei – und wurde im tiefschwarzen Versmold schon zwei Jahre später, im Alter von erst 30, mit fast 58 Prozent zum Bürgermeister gewählt.

2009 mit mehr als 78 Prozent wiedergewählt, blieb er aber nur bis 2013 in Versmold. Danach berief ihn SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zum Staatssekretär für Integration unter den Ministern Guntram Schneider und Rainer Schmeltzer. Vor dem Höhepunkt der Fluchtbewegung 2015 habe das Prinzip gegolten, dass Integration überhaupt erst mit der Anerkennung des oft langwierigen Asylantrags beginnen sollte. „Das war schon damals Unfug. Wir haben das geändert“, sagt Klute, der die SPD auch im Integrationsausschuss des Landtags vertritt – und verweist auf die hohen Beschäftigungsquoten von Geflüchteten etwa aus Syrien, von denen heute mehr als 60 Prozent eine qualifizierte sozialversicherungspflichtige Arbeit hätten.

Blick auf die Landtagswahl

Nach der rot-grünen Wahlniederlage 2017 ging Klute zurück nach Ostwestfalen, arbeitete dort als hauptamtlicher Vorstand der Arbeiterwohlfahrt. Seit 2020 ist er Mitglied des Kreistags Gütersloh. Den SPD-Kreisvorsitz dagegen hat er Ende November abgegeben. „Ich bin ein durch und durch politischer Mensch“, sagt Klute, der allein 2025 mehr als 40 Kleine Anfragen seiner Landtagsfraktion mitunterzeichnet hat. „Ich will mich auf die im Frühjahr 2027 anstehende Landtagswahl konzentrieren.“

Andreas Wyputta

Zur Person

Thorsten Klute (51) wurde in Versmold (Kreis Gütersloh) geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Dem Abitur folgte der Zivildienst in der mobilen Altenpflege. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld arbeitete der Volljurist zunächst als Rechtsanwalt. Von 2004 bis 2013 war er Bürgermeister der Stadt Versmold, von 2013 bis 2017 Staatssekretär für Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales. Seit Juni 2022 ist er Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?
Das ist tatsächlich der Losungskalender „Licht und Kraft“. Fast täglich lese ich die Tageslosungen mit ihren kurzen Auslegungen. Der christliche Glaube gibt mir Kraft.

Welche Musik hören Sie gerne?
Mehrfach war ich auf Konzerten von Sarah Connor und auch von Salut Salon. Zu Hause läuft auch schon mal New Orleans Jazz. Ich selbst spiele Kontrabass im Symphonieorchester Warendorf, einem leidenschaftlichen Hobbyorchester.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?
Käse

Ihr liebstes Reiseziel?
Polen

Landtags-Missionen

Speziell an Berufsbildende Schulen und Hauptschulen richtet sich ein neues kostenloses Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen. Bei den „Landtags-Missionen“ erkunden Schülerinnen und Schüler einen digitalen Rätselraum. Fünf Missionen stehen zur Auswahl. Sie sind modular aufgebaut und können innerhalb einer Unterrichtsstunde oder als Unterrichtsreihe gespielt werden. Die Missionen haben unterschiedliche Rätsellevel und inhaltliche Niveaustufen. Im Mittelpunkt stehen Themen rund um die Demokratie, den Landtag, die Tätigkeit von Abgeordneten, die Gesetzgebung und Wahlen. Über einen QR-Code werden die Schülerinnen und Schüler auf die Plattform TaskCards geleitet.

Europas Sicherheit und digitale Zukunft

Geopolitische Entwicklungen und europäische Zusammenarbeit prägten das Gespräch, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, den Parlamentarischen Sekretär des lettischen Außenministeriums und Vizeminister, Artjoms Uršuļskis, am 5. Dezember 2025 empfing. Uršuļskis trug sich in das Gästebuch des Landtags ein. Präsident Kuper ist auch Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum.

Neue Ausgabe

Die erste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern im neuen Jahr erscheint am Dienstag, 3. Februar 2026. Sie ist ab Freitagnachmittag, 30. Januar 2026, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

9.11. **Ernst-Wilhelm Rahe** (SPD/66)
MdL 2012–2017 und 2019–2022

9.11. **Walter Kern** (CDU/71)
MdL 2005–2010 und 2012–2017

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rüc), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rüc), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), N.N. (FDP), Enxhi Seli-Zacharias MdL (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 19. Dezember 2025, 11 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelmontage: de Haar

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

www.landtagintern.de

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Weihnachtsfest und zu den Tagen rund um den Jahreswechsel sind wir uns unserer selbst und unserer Mitmenschen bewusster, als das im Alltag dieser schnelllebigen Zeit oft möglich ist.

Es ist die Zeit, die wir mit Menschen verbringen, die uns wichtig sind.

Es ist auch die Zeit, die uns dankbar an all jene denken lässt, die nicht mehr bei uns sind und die doch immer noch feste Plätze in unseren Herzen haben.

Und es ist auch die Zeit, die erfüllt ist mit der Hoffnung, dass der Wunsch nach Frieden in der Welt im Wissen um die fortdauernden Kriege und Krisen dieser Zeit Wirklichkeit werden möge.

Jetzt, wo die Welt so unruhig ist, liegt unsere Stärke im Zusammenhalt und in all dem, was wir persönlich beitragen zum Zusammenleben in unserer Demokratie.

Mit Dankbarkeit für das, was Sie alle an vielen Stellen für unser Land zu leisten bereit waren und sind, wünsche ich Ihnen und den Menschen, die Ihnen anvertraut sind, ein friedvolles und hoffnungsfrohes Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für das Jahr 2026!

Ihr

André Kuper MdL
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen